Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages. Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 15 M. monatl. Einzelne Nrn. 80 Pf. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574. Postscheckkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 5 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 10 M., unter Eingesandt 12 M. · Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 107 | Dienstag, 9. Mai | 1922

Dresden, 8. Mai.

Vertreter der Reichsregierung in Dresden.

(N.) Auf Einladung der sächsischen Regierung trafen am Sonnabend aus Berlin die Herren Reichsminister des Innern Dr. Köster, Ministerialdirektor Brecht, sowie der württembergische Gesandte Hildenbrand und der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer in Dresden ein. Der hauptsächlichste Zweck des Besuches war, den Herren die Bedeutung des Hygienemuseums und die Ateliers und Werkstätten für Herstellung der Lehrmittel, Modelle und Präparate, sowie die Notwendigkeit eines dafür zu errichtenden Neubaues an Ort und Stelle vor Augen zu führen. Bekanntlich erweitert sich das Museum immer mehr zu einem Zentralinstitut für gesundheitliche Aufklärung und Belehrung des Volkes.

Im Anschluß an einen Vortrag des Prof. Kühne über den aufgestellten Bauplan besichtigten die Gäste gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten unter Führung des Oberbürgermeisters Blüher als Vorsitzenden des Vereins Hygiene-Museum, die Werkstätten und den Herstellungsprozeß der dort angefertigten Gegenstände. Der Plan der 10 Wanderausstellungen, die das Hygiene-Museum in allen Teilen Deutschlands zeigen will, fand ebenso das ganz besondere Interesse der Herren, wie die vom Hygiene-Museum ausgehende kulturfördernde Wirkung im Ausland. Zurzeit sind solche Ausstellungen in Basel und Amsterdam; weitere Auslandsausstellungen sind in Vorbereitung. Hierbei wurde ebenso wie anläßlich eines weiteren Besuchs am Sonntag vormittag von allen Beteiligten in erfreulicher Übereinstimmung erneut die Notwendigkeit der Errichtung eines würdigen Gebäudes und auch die Notwendigkeit der Beteiligung der Reichsregierung an der Ausführung des Planes anerkannt. Von den weiteren Besichtigungen, welche die Herren vornahmen, verdient ein Besuch der Bildwirkerei des Prof. Wislicenus und des Frl. Wanda Bibrowicz im Pillnitzer Schlosse besonders erwähnt zu werden. Ebenso ein Besuch des Grundstücks Parkstraße 7, das bekanntlich die sächsische Regierung für das neu zu errichtende Reichsverwaltungsgericht zur Verfügung stellen will.

Die deutsche Antwortnote an die Reparationskommission.

(Eigene Meldung.)

Am vergangenen Sonnabend hat vormittags eine Chefbesprechung und nachmittags eine Kabinettssitzung stattgefunden, die sich beide u. a. mit der Vorbereitung der Antwortnote an die Reparationskommission beschäftigten.

Ein Dementi Dr. Rathenaus.

Die deutsche Botschaft in Paris teilt der französischen Presse folgende Notiz mit: Eine Abendzeitung (der „Temps") hatte, übrigens mit ausdrücklichem Vorbehalt, eine Information veröffentlicht, wonach der deutsche Minister des Äußern Dr. Rathenau in Genua Lloyd George erklärt habe, daß Frankreich bei einem etwaigen Vormarsch ins Ruhrgebiet blutigen Widerstand in Deutschland finden werde. Die deutsche Botschaft ist ermächtigt worden, diese Information kategorisch zu dementieren.

Der neue Reparationsplan für Deutschland.

(Eigene Meldung.)

Aus dem englisch-italienischen Reparationsplan wird bekannt, daß die von Deutschland am 1. Januar 1922 geschuldeten 110 Milliarden geteilt werden sollen. Für den Betrag von 65 Milliarden würde sich Deutschland zur Zahlung von Kapital und Zinsen nur dann zu verpflichten brauchen, wenn einer der alliierten Gläubiger die Zahlung seiner Kriegsguthaben von einem alliierten Schuldner verlangen sollte. England und Frankreich verpflichten sich, ihre Kriegsguthaben nicht einzufordern, falls sie ihrerseits nicht von den Vereinigten Staaten von Amerika zur Rückzahlung der Kriegsschulden angehalten werden. Von den restlichen 45 Milliarden sollen 5 Milliarden in eine englische Anleihe umgewandelt werden, die in den ersten drei Jahren zinslos bleibt und danach mit 5 Proz. verzinst werden soll. Die verbleibenden 40 Milliarden sollen in sechsmonatigen Raten gemäß dem in Spa beschlossenen Aufteilungsmodus bezahlt und mit 5 Proz. verzinst werden. Deutschland müßte inzwischen eine internationale Anleihe in Höhe von 30 Milliarden erhalten, wovon im Jahre 1922 3 Milliarden, 1923 7 Milliarden und während der beiden folgenden Jahre je 10 Milliarden einzuzahlen wären. Deutschland gibt sichere Garantien für die Einhaltung seiner Verpflichtungen, wogegen die Alliierten sich verpflichten, die Besatzungskosten auf ein Minimum zu reduzieren. Von Deutschland werden folgende Garantien verlangt: 1. Innerhalb des Jahres 1924 müssen die innerdeutschen Etats durch neue Steuern oder Ersparnisse ausgeglichen sein. 2. Zur Deckung bestehender Defizite darf nicht der Papiergeldumlauf erhöht, sondern diese müssen durch innere Anleihen getilgt werden. 3. Die Reichsbank erhält wieder ihre Unabhängigkeit 4. Für die Ausgabe des Papiergeldes wird eine bestimmte Höchstgrenze festgesetzt. 5. Der Verkaufspreis der Kohle im Inland soll sich der Preiskurve des Weltmarktpreises anpassen und nicht weniger als ¾ des Weltmarktpreises betragen.

*

„Chicago Tribune" berichtet aus Washington, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika werde keine Einwendungen erheben gegen eine Anleihe amerikanischer Banken an deutsche Unternehmungen, die über den Betrag der Reparationsverpflichtungen hinausginge. Die Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß Anleihen, wie sie die Morgangruppe vorgeschlagen haben soll, der geeignete Weg seien, den die amerikanische Unterstützung Europa gegenüber einschlagen müsse, und sie würde jeden durchführbaren Plan einer Sanierung der Finanzen Deutschlands begrüßen.

*

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, bestätigt sich die Nachricht, daß ein Abkommen zwischen der brasilianischen und der deutschen Regierung über die von Deutschland zu leistenden Reparationen bereits abgeschlossen worden sei, in dieser Form nicht, da die Verhandlungen hierüber zurzeit noch andauern.

Der deutsch-russische Vertrag.

Die in dem Rapallo-Abkommen vom 16. April vereinbarte deutsch-russische Meistbegünstigung und der wechselseitige Verzicht auf Entschädigung wird in den maßgebenden deutschen Industriekreisen hoch bewertet, wie aus folgenden, in den „Berliner Politischen Nachrichten" von zuständiger Stelle veröffentlichten Ausführungen hervorgeht: Auf Grund der Meistbegünstigung tritt Deutschland in den Mitgenuß der Handelsabkommen, die Sowjetrußland mit England, Schweden, Norwegen, Italien, der Tschechoslowakei, Österreich, Türkei und Persien abgeschlossen hat. Diese russischen Handelsverträge entsprechen im allgemeinen dem (noch geltenden) deutsch-russischen Abkommen vom 6. Mai 1921, durch das die russische Regierung für Verbindlichkeiten aus den nach Abschluß des Abkommens eingegangenen Rechtsgeschäften mit deutschen Staatsangehörigen, Firmen und juristischen Personen sich der deutschen Gerichtsbarkeit und Zwangsvollstreckung unterworfen hat. Jedoch bleibt die russische Regierung berechtigt, auch die in Deutschland abgeschlossenen Rechtsgeschäfte mit der Schiedsgerichtsklausel zu versehen. Einige Einschränkungen der deutsch-russischen Meistbegünstigung durch Sondervorteile, die Rußland an Polen und politisch benachbarte Gebiete im Grenzverkehr gewähren kann, sind nicht erheblich. Von außerordentlicher Tragweite ist der beiderseitige Verzicht auf Entschädigungen, weil dadurch die Gefahr großer wirtschaftlicher Verpflichtungen und Verluste Deutschlands abgewendet erscheint. In Art. 116 des Versailler Vertrages ist bestimmt, daß der Wiedergutmachungsausschuß von der Regierung verlangen kann, alle Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger an öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in Rußland ihm zu übertragen und zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte auf alle derartigen Rechte usw. zu verzichten. Durch die Forderungen aus Art. 116 würden alle deutschen Ansprüche gegenüber Rußland einseitig ausgeschlossen werden. In dem Abkommen verzichten beide Teile auf Ersatz der Kriegskosten und Kriegsschäden sowie der zivilen Schäden.

Eine weitere Folge des Abkommens ist die endgültige Regelung der Stellung des Ministerialdirektors Wiedenfeld, der Deutschland in Moskau vertritt, und des ihm als wirtschaftlicher Beirat zur Seite stehenden Generalkonsuls Graap.

Eine Anfechtung des deutsch-russischen Abkommens durch die Entente kann nicht in Frage kommen, wäre aber auch den Interessen der Entente entgegengesetzt. Unbestreitbar ist, was der frühere italienische Ministerpräsident Nitti in seinem Buche „Das friedlose Europa" ausgesprochen hat: Der Weg nach Moskau führt einzig über Berlin. Solange nicht das deutsche Volk zu dem Werke der Erneuerung hinzugezogen wird, solange es sich von Polen und seiner Mißwirtschaft bedroht fühlt, muß jeder Versuch, Rußland wieder in die Höhe zu bringen, fehlschlagen.

*

Der auswärtige Ausschuß wird voraussichtlich morgen, Dienstag, zusammentreten, da man hofft, daß der Reichskanzler für den Fall, daß seine Abwesenheit in Genua möglich ist, bis dahin eingetroffen sein wird. Auch Dr. Hermes wird von dieser Sitzung des Ältestenausschusses und den sich daran anschließenden weiteren Besprechungen mit den Parteiführern nicht nach Paris abfahren, da die Möglichkeit besteht, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Richtlinien für die Antwortnote an die Reparationskommission noch auf Grund dieser Verhandlungen gewisse Abänderungen erfahren werden. Wie uns aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, habe der Reichsfinanzminister in seiner Besprechung mit den Parteiführern sich dahin geäußert, daß die deutsche Regierung hoffe, die Reparationskommission werde die von der deutschen Regierung eingebrachten Vorschläge als ausreichende Garantien für das einstweilige Moratorium ansehen.

Der Wiederbeginn der Reichstagssitzungen.

(Eigene Meldung.)

Der Ältestenausschuß des Reichstages hat am vergangenen Sonnabend vormittag beschlossen, den Reichstag für nächsten Mittwoch um 3 Uhr nachmittags einzuberufen. Auf der Tagesordnung stehen Interpellationen und die Haushalte der Eisenbahn und Post. Der Eisenbahnetat soll mit einer Anzahl Entscheidungen des Bildungsausschusses verbunden werden, die sich auf Fahrpreisermäßigungen beziehen. Man hofft, noch vor Pfingsten sämtliche Etats durchberaten zu können, ebenso soll die neue Geschäftsordnung bis dahin verabschiedet sein. Die Dauer der Tagung des Plenums wird von der Entwicklung der außenpolitischen Lage abhängig sein.

Massenentlassungen von Bergarbeitern im Saargebiet.

(Eigene Meldung.)

Die drohende Massenentlassung von Bergarbeitern entgegen den bisherigen französischen Zusicherungen bedroht das Saargebiet mit einer schweren Wirtschafts- und Arbeitskrise. Es ist geplant, mehrere tausend Bergleute, etwa 1100 Eisenbahnarbeiter und ca. 80 Eisenbahnbeamte zu entlassen. Die Verhandlungen schweben zwar noch, doch ist die Erregung in den beteiligten Kreisen außerordentlich. Für eine Einigung bestehen nur geringe Aussichten.

*

Der Saarverein hat in einer öffentlichen Versammlung in Dortmund eine Entschließung angenommen, in der es heißt, die bisherige Tätigkeit der Saarregierung sei Vorspannarbeit für die französischen Annexionsbestrebungen. Das Saargebiet habe keine wirkliche Volksvertretung, sondern werde autokratisch regiert. Die Ausweisung Mißliebiger bestehe fort. Alle deutschen Volksgenossen werden aufgerufen, sich für das Saargebiet und seine gequälte Bevölkerung einzusetzen.

Deutschlands Wirtschaftslage

Von unserem Berliner □-Mitarbeiter.

Die Tatsache, daß die deutsche Handelsbilanz im Januar und Februar einen Aktivsaldo von über 4,1 Milliarden Mark ergab, ist vom Auslande — auch leider von manchen Stellen im Inlande — dahin ausgelegt worden, als ob das deutsche Wirtschaftsleben das Schlimmste überstanden habe und sich nun in aufsteigender Linie bewege. Daß dieser Schluß verfehlt war, ergab sich aus der nun vorliegenden Märzbilanz, die wieder eine Mehreinfuhr von 1,6 Milliarden M. aufweist. Doch in unserer Lage ist es überhaupt nicht richtig — weil es ein falsches Bild ergibt — die Handelsbilanz nur nach dem Werte zu beurteilen. Vielmehr muß die Menge als maßgebend in den Vordergrund treten, und hier beweist ein Überblick über unsere ganze Handelsbilanz seit dem Mai v. J., daß die Einfuhr an Menge die Ausfuhr immer, von dem einen Monat Februar abgesehen, ganz bedeutend überragt hat. Betrug dieses Mehr im Oktober v. J. allein doch nicht weniger als 10 Millionen Doppelzentner, und in den anderen Monaten schwankte es zwischen 1,5 und 6,6 Millionen dz. Erst wenn wieder ein normales Verhältnis zwischen Menge und Wert hergestellt ist, kann von einer Gesundung des Wirtschaftslebens geredet werden, während zurzeit nur die Milliarden Papiermark im Inland und Ausland zu einem falschen Urteil verleiten. Schon der eine Umstand, daß der Wert der in der Handelsbilanz verzeichneten Papiermark ein stets wechselnder ist, daß daher die über die Grenze gehenden Waren sehr oft nicht im richtigen Verhältnis zu den in ihnen verarbeiteten Rohstoffwerten berechnet wurden — ein Umstand, der die Fortdauer der Ausfuhrkontrolle als nötig erscheinen läßt —, sollte hinreichen, obige unbegründete günstige Beurteilung unserer Lage zu verhindern. Leider ist dies jedoch nicht der Fall; da die rage du nombre, zumal es sich hier um „Milliarden" handelt, vielen den klaren Blick trübt.

Der zweite Umstand, der unsere Arbeit und ihre zutreffende Bewertung auf das äußerste erschwert, liegt in dem wechselnden Devisenkurs. Die Mark ist Spekulationsobjekt geworden und wird nicht mehr nach realen Unterlagen beurteilt, sondern je nach der politischen Lage, den Reden von Politikern und der Stimmung der Börse. So ist jede Kalkulation auch nur auf kurze Frist fast unmöglich, weil jeder mit dem Risiko einer Hausse oder Baisse rechnen muß und dieses Risiko in seine Preise einzukalkulieren sich genötigt sieht. Diese Risikoprämien machen aber andere Summen aus, als früher in Friedenszeiten; und sie stellen sich nicht nur dem Absatz ins Ausland hemmend in den Weg, sondern auch dem in der Heimat; klagen doch viele Industrien darüber, daß in der Mitte des Monats März, als die Mark stieg, der Absatz in Deutschland stockte, weil die Abnehmer mit einem weiteren Sinken rechneten und daher ihre Käufe auf das unumgänglich Nötige beschränkten, oder überhaupt nichts kauften. Das Sinken der Mark hatte zur Folge, daß alsbald neue Aufträge einliefen, weil nun die Interessenten mit einer weiteren Verteuerung rechneten und sich versorgen wollten.

Das Steigen der Preise aller Rohstoffe und Halbfabrikate und Fabrikate, die stetig wachsenden Löhne und Steuern und sonstigen Unkosten tragen dazu bei, die wirtschaftliche Lage nicht zu einer ruhigen Entwicklung kommen zu lassen. Am schwersten aber wird von fast allen Industrien die ungenügende Belieferung mit Kohle empfunden, die noch durch Verkehrsstockungen gesteigert wird. Wenn nicht die Entente ein Einsehen hat und die Kohlenlieferungen auf ein erträgliches Maß herabsetzt, werden die Preise vieler Fabrikate bedeutend erhöht werden, weil sie mit ausländischer Kohle hergestellt werden; andere Fabrikate werden an Zahl herabgehen und nicht mehr die Nachfrage befriedigen. Schließlich wird ein Stagnieren der gesamten Produktion eintreten, zumal wenn wieder Verkehrsstreiks oder ein kalter Winter die Beförderung der Kohlen und der Waren verhindern.

Man täusche sich daher nicht über die Scheinblüte der deutschen Industrie; sie wird ein Ende nehmen, wenn die Mark wieder einen festen Wert darstellt, und ob dann das Inland in der Lage ist, die Produktion aufzunehmen, ist doch sehr die

SLUB
Wir führen Wissen.